

25.09.2023

## Kleine Anfrage 2626

des Abgeordneten Markus Wagner AfD

### **Angegriffen – Gefahrenzone Öffentlicher Dienst: Was unternimmt die Landesregierung zum Schutz der Beschäftigten?**

Der Umbau der Kfz-Zulassungsstelle am Höherweg ist abgeschlossen. Rund 1,5 Millionen Euro hat die Stadt Düsseldorf dafür investiert.<sup>1</sup> Die Behörde wurde einer Modernisierung unterzogen, um dem hohen Kundenandrang gerecht zu werden und die Wartezeiten kürzer zu gestalten. Gegenüber der „Rheinischen Post“ beschreibt die Ordnungsdezernentin die Arbeit ihrer Behörde als „ein Massengeschäft“<sup>2</sup>. Überdies nennt sie als wichtigen Grund für den Umbau die Sicherheit der Beschäftigten. Um sie besser schützen zu können, würden die circa 60 Mitarbeiter nun in einem abgetrennten Bereich sitzen, welcher für Kunden unzugänglich sei. Der Ordnungsdezernentin zufolge sei diese Distanz wichtig, denn die Angriffe auf Düsseldorfer Behörden würden insgesamt zunehmen.<sup>3</sup>

Auch eine Umfrage der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW aus dem Jahr 2022 legt nahe, dass die Gewalt-Hemmschwelle gesunken ist. Rund 300 Beschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen des Öffentlichen Diensts wurden gefragt: „Haben Übergriffe während der Pandemie zugenommen?“<sup>4</sup> Das Ergebnis: 51 Prozent gaben an, dass die Zahl verbaler und körperlicher Übergriffe merklich zugenommen habe. 22 Prozent wollen zumindest einen leichten Anstieg bemerkt haben.<sup>5</sup>

Hierzu kommentiert die Vorsitzende der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW (dbb jugend nrw): Das Umfrageergebnis sei „weitaus schockierender als das, was die PKS [Polizeiliche Kriminalstatistik] dokumentiert“<sup>6</sup>. Denn häufig würden die Vorfälle nicht zur Strafanzeige gebracht, sodass die Polizeistatistik dementsprechend nur ein unvollständiges Bild zeichne. Es sei von einer großen Dunkelziffer auszugehen.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. [https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-kfz-zulassungsstelle-verspricht-termin-binnen-24-stunden\\_aid-97289459](https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-kfz-zulassungsstelle-verspricht-termin-binnen-24-stunden_aid-97289459) (11.09.2023, abgerufen am 12.09.2023).

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

<sup>4</sup> <https://forum.dguv.de/ausgabe/3-2023/artikel/gewaltpraevention-im-oeffentlichen-dienst-in-nordrhein-westfalen> (01.03.2023; abgerufen am 12.09.2023).

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.angegriffen.info/weniger-straftaten-aber-mehr-uebergriffe-auf-beschaefigte> (28.11.2022; abgerufen am 12.09.2023).

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Vgl. <https://forum.dguv.de/ausgabe/3-2023/artikel/gewaltpraevention-im-oeffentlichen-dienst-in-nordrhein-westfalen> (01.03.2023; abgerufen am 12.09.2023).

In einem Online-Bericht für „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“ gelangen die Autoren zur Einschätzung: Die gehäuften Übergriffe seien Ausdruck einer „grundsätzlich aggressiveren und angeheizten Stimmung der Menschen im Verlauf der Pandemie“<sup>8</sup>. Lockdown-Maßnahmen, Zugangsbeschränkungen für ungeimpfte Menschen sowie der Zwang zum Maskentragen hätten „möglicherweise zur Steigerung des Aggressionspotenzials“<sup>9</sup> beigetragen. Durch Inflation und Energiekrise stünden viele Bürger zudem finanziell mit dem Rücken zur Wand.<sup>10</sup>

Die dbb jugend nrw fordert seit geraumer Zeit, die Zahl der Übergriffe auf Beschäftigte im Öffentlichen Dienst zentral über die PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik) zu erheben. Sie moniert: Würden nicht einzelne Fachverbände die Übergriffe dokumentieren, gebe es keine Vorstellung von der Lage. Der Staat sei jedoch in der Pflicht gegenüber seinen Beschäftigten. Eine zentrale und verlässliche Erhebung müsse demnach eingeführt werden.<sup>11</sup> Die dbb jugend werde das „so nicht stehen lassen“ – es sei wichtig, in den Statistiken „genau ablesen zu können, welche Bereiche besonders gefährdet sind“<sup>12</sup>. Nur auf diesem Wege könnten effektive Gegenmaßnahmen ergriffen werden.<sup>13</sup> In der Stadt Wuppertal gebe es immerhin das Konzept des sogenannten „Blauen Briefs“: Bürger, die beim Besuch der Verwaltung durch unangemessenes Verhalten auffallen, werden mit diesen Briefen verwarnet.<sup>14</sup> „Manche Bürger reflektieren ihr Fehlverhalten nach Erhalt der Briefe“<sup>15</sup>, erklärt die Vorsitzende der dbb jugend nrw. „Wir erleben, dass sogar einige dann bei den betroffenen Beschäftigten anrufen und sich entschuldigen.“<sup>16</sup> In Köln wiederum gibt es ein zentrales Melde- und Auskunftssystem (ZeMAG), in dem Übergriffe erfasst und bearbeitet werden.<sup>17</sup>

### **Ich frage daher die Landesregierung:**

1. Angesichts der hohen Dunkelziffer: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit Übergriffe auf Beschäftigte im Öffentlichen Dienst schnell, zentral und lückenlos erfasst sowie strafrechtlich verfolgt werden können?
2. Für wie zielführend hielte die Landesregierung den Einsatz von Schildern und Info-Displays (vgl. Waffenverbotszonen), welche die Besucher der Behörden zu mehr Diplomatie, Friedfertigkeit bzw. Entspannungsübungen anhalten?
3. Welche Lehren und politischen Zielsetzungen ergeben sich für die Landesregierung aus den Ausführungen der dbb jugend nrw, dass das gestiegene Gewaltpotenzial auf Inflation, Energiekrise und nicht zuletzt die Corona-Maßnahmenpolitik zurückzuführen sei?

---

<sup>8</sup> <https://www.angegriffen.info/weniger-straftaten-aber-mehr-uebergriffe-auf-beschaefigte> (28.11.2022; abgerufen am 12.09.2023).

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Vgl. ebenda.

<sup>11</sup> Vgl. ebenda.

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Vgl. ebenda.

<sup>14</sup> Vgl. <https://www.angegriffen.info/sicher-im-dienst-will-praxisnahe-hilfe-in-sachen-sicherheit-lieferrn> (24.01.2023; abgerufen am 12.09.2023).

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Vgl. <https://www.angegriffen.info/sicher-im-dienst-will-praxisnahe-hilfe-in-sachen-sicherheit-lieferrn> (24.01.2023; abgerufen am 12.09.2023).

4. Falls es erneut zu einer pandemischen Krisenlage kommen sollte: Inwiefern würde die Landesregierung die Infektionsschutzmaßnahmen künftig liberaler bzw. kulanter gestalten, um psychosoziale „Kollateralschäden“ sowie aggressive Stimmungen in der Bevölkerung möglichst niedrig zu halten?
5. In Wuppertal erhalten Bürger einen „Blauen Brief“, wenn sie beim Besuch der Verwaltung aggressiv aufgefallen sind. Wiederum in Köln gibt es ein zentrales Melde- und Auskunftssystem (ZeMAG), in dem Übergriffe erfasst werden. Welche Konzepte dieser Art, die auch darauf abzielen, bei übergriffigen Personen einen Reflexionsprozess anzustoßen, können nach Ansicht der Landesregierung für ganz NRW etabliert werden? (Falls Entsprechendes geplant ist: Bitte die voraussichtlichen Starttermine angeben.)

Markus Wagner